

Zwei Jahre nachdem während der Weltklimakonferenz in Kopenhagen 2009 einer breiteren Öffentlichkeit die apokalyptischen Dimensionen des Klimawandels bekannt wurden, gab es auch in Frankfurt zahlreiche Planungen und Aktivitäten zum Klimaschutz. Als eine der wirksamsten konkreten Maßnahmen stieg die Verkehrsgesellschaft Frankfurt (VGF) zum 1.1.2011 auf Ökostrom um, wie auch in einer Pressekonferenz verkündet wurde.

Als allerdings der damalige grüne Verkehrsdezernent starb, verwandelte sich Klimaschutz in einen Papiertiger, obwohl die Grünen Mitte 2011 mit zehn Prozent Zuwachs und kaum 5% Rückstand zweitstärkste Partei in Frankfurt wurden und erneut einen Verkehrsdezernenten stellten. Während aber ein vom Bundesumweltministerium finanzierter 400 seitiger „Masterplan 2050 Klimaschutz“ für Frankfurt verfasst wurde, stieg die VGF heimlich aus dem Ökostrom aus, ohne dass selbst die Parlamentarier der Stadt etwas davon mitbekamen und pachtete 2014 stattdessen Anteile des riesigen Steinkohlekraftwerkes (Heizkraftwerk West) der Mainova. Dadurch stiegen die CO₂-Emissionen der VGF schlagartig von 5.000 auf ca. 80.000 Tonnen CO₂ pro Jahr an. Ohne es zu merken, finanzieren seitdem die Fahrgäste der Frankfurter U- und Straßenbahnen unmittelbar die Kohleverbrennung und damit die nach Braunkohle zerstörerischste aller Energiequellen. Denn im Gegensatz zu anderen fossilen Brennstoffen enthält Kohle weniger Wasserstoff. Wasserstoff ist aber praktisch das einzige, was wir in Zukunft noch verbrennen dürften, wenn wir ein halbwegs menschenfreundliches Klima nicht weiter zerstören wollen.

Das bedeutet natürlich nicht, dass es nicht noch zerstörerischere Arten der Fortbewegung gäbe als in Frankfurt mit der Bahn zu fahren und auch nicht, dass es nicht andere Kraftwerke gäbe, die noch mehr CO₂ pro gewonnener Energie in die Atmosphäre blasen als das Kraftwerk im Gutleutviertel. Aber die Wahl des Brennstoffes ist und bleibt völlig irrational, denn die von der Stadt gepriesenen Effizienztechniken funktionieren genauso auch mit anderen Energieträgern. Die Steinkohle wird in mit Schweröl betriebenen Schiffen über die Ozeane nach Frankfurt gebracht und bedeutet außerdem eine riesige Umweltzerstörung vor Ort in den USA, Russland oder Australien. Im Nachhaltigkeitsbericht der VGF von 2017 findet sich dann immerhin der Satz „Im Laufe des Jahres 2019 soll eine ökologisch verträglichere Lösung gefunden werden.“ (als die Steinkohleverstromung). Auch der neue Verkehrsdezernent Oesterling bestätigte mehrfach, dass der Pachtvertrag mit Mainova 2019 nicht verlängert werden würde. Vor anderthalb Jahren hörten wir deshalb bei klimattac auf, unseren Flyer „VGF fährt Schwarz“ weiter zu verteilen. Für diese Dummheit müssen wir uns allerdings sehr entschuldigen. Denn inzwischen ist klar, dass der Pachtvertrag doch nicht gekündigt wird. Man will die Sache auf 2023 oder 2025 verschieben, wenn auch das Kohlekraftwerk auf angeblich „grünes Gas“ umsteigen soll.

Aber inzwischen gibt es längst keinen Grund mehr, selbst diese fatale Verschiebung überhaupt noch zu glauben.

Weder auf Bundes- noch auf regionaler Ebene wurden seit zwanzig Jahren irgendwelche Versprechungen zur Reduktion von Emissionen tatsächlich eingehalten. Was in dieser Hinsicht tatsächlich passiert ist, war ein Nebenprodukt der Abwicklung der Industrie der DDR oder es war unfreiwillig aufgrund von Finanzkrisen oder der schlechten Versorgung mit Brennstoffen wegen Trockenheit und dem warmen Winter 2018. Schon in den neunziger Jahren hatte das Heizkraftwerk-West einen Gasbrenner mit höherer Leistung als der Kohlebrenner, der aber fast



nie in Betrieb genommen wurde, weil Gas etwas teurer war. Selbst wenn EU-Gesetze bestimmte Standards zu erzwingen scheinen wie bei Grenzwerten für Stickoxide (Diesel), schafft es die Politik viele Jahre erfolgreich dagegen zu verstoßen und jede wirksame Änderung abzuschmettern.. Noch im Bundestagswahlkampf 2017 wurden die versprochene Einhaltung der CO₂-Reduktion bis 2020 mündlich durch die Kanzlerin und schriftlich in den Wahlprogrammen der Regierungsparteien bestätigt. Als die Münchner 2017 per Bürgerentscheid mehrheitlich beschlossen, ihr Kohlekraftwerk 2022 auszuschalten, erklärte es die Bundesnetzagentur für „systemrelevant“. Das Bürgerbegehren war rechtlich nur für ein Jahr bindend und Stadtregierung und Stadtwerke haben, wie es aussieht, nichts für die Umsetzung getan, nur um jetzt von 2027 als Ausstiegsdatum zu reden.

Im Umweltausschuss der Stadt Frankfurt schlug uns eine meist versteinerte Ignoranz entgegen als wir seit 2016 gegen das Kohlekraftwerk protestierten. Selbst die Grünen bescheinigten uns, dass wir für höhere Stromrechnungen und höhere Fahrpreise verantwortlich wären, wenn statt der Kohle eine vermeintlich teurere Technik oder ein teurerer Energieträger genommen werden müsste. Als wir erwähnten, dass die Emissionen dieses Kraftwerks noch hunderte von Jahre wirksam bleiben und Menschen töten werden, weil sie sie so gut wie nicht mehr verschwinden, erwiderte die Grüne Vorsitzende des Ausschusses einfach, dass „CO₂ doch kein Gift“ sei, sondern ein „natürlicher Stoff“. Vielleicht befürchtete sie, dass ihre Klientel denken könnte, dass es sich bei diesem Kraftwerk um Luftverschmutzung und nicht „nur“ um Klimazerstörung handeln würde. Im Anschluss an unsere Proteste wurden dann u.a. teure Werbekampagnen vorgestellt, mit denen die Stadt die betrogenen Fahrgäste der VGF zynischerweise zu „Klimahelden“ erklärte, ohne auch nur eine Sekunde daran zu denken, was klassische Helden wie Herakles, St. Georg oder Siegfried mit solchen menscheitsbedrohenden Ungeheuern wie Kohlekraftwerken tatsächlich getan hätten.

Wenn man die Antworten des Umweltausschusses auf unsere Proteste gegen das Kohlekraftwerk ernst nehmen würde, wäre es eigentlich unverständlich, warum der vor ein paar Wochen angesagte Umstieg des Kraftwerkes auf Gas 2025 überhaupt stattfinden soll. Haben dann die Menschen etwa mehr Geld, um die höheren Strompreise und Fahrpreise zu bezahlen? Oder haben die Regierungsparteien bis dahin für soziale Gerechtigkeit gesorgt? Haben sie bis dahin verstanden, dass mit dem Paris-Abkommen eine absolute völkerrechtliche Grenze gesetzt ist, genauso wie durch die Gefahr eines sich automatisch selbstverstärkenden Klimakollapses? Oder dass es auf die absolute Menge an CO₂ ankommt, das sich in der Atmosphäre anreichert, und nicht und auf irgendwelche Zeitpläne und dass jede weitere Verschiebung irreversible Folgen hat? Ist dann klar, dass jede einzelne Tonne, die wir weiter in die Luft blasen, die schon bestehende Gewalt der Naturkatastrophen unweigerlich verstärkt und dass sie anderen Menschen oder Städten jetzt und in aller Zukunft die Möglichkeit nimmt, das ebenfalls zu tun? Ist dem Umweltausschuss 2025 wirklich klar, dass stromfressende Städte wie Frankfurt mit profitablen Flughäfen und CO₂ erzeugenden Kraftwerken vor allem Täter und nicht Opfer der Klimakrise sind, wie es die Umweltdezernentin immer und immer wieder suggeriert? Wird das Umweltdezernat die Gelder für „Klimaschutz“ dann nicht mehr in den Schutz vor dem Klima umwidmen, wofür eigentlich der Katastrophen- und der Gesundheitsschutz zuständig wäre und was auch deshalb demnächst noch viel mehr Geld verschlingen wird als heute?

Dann gäbe es vielleicht die Chance, dass die CO₂-Emissionen gestoppt werden, indem man z.B. beim Heizkraftwerk entweder auf Wasserstoff umschaltet oder einen großen Wärmespeicher zum Heizen baut, den man mit vielfältigen regenerativen Energien speisen könnte.



ding die Propagandasprache des Mainova-Sprechers vernimmt, der von einem Gas“ redet, für das ein „neues Kraftwerk“ „im laufenden Betrieb“ soll, sieht man, dass schon wieder ein Schleier über das gezogen wird, was werden soll. Denn es gibt tatsächlich kein „grünes CO₂-befreitet Gas“, sondern es geht entweder um Methan (CH₄) oder um Wasserstoff, welcher als Treibgas wäre.

Methan ist dagegen ein 25 mal effektiverer Klimazerstörer als CO₂, wenn es bei der Förderung, der Produktion, dem Transport oder bei der Lagerung durch undichte Stellen in die Atmosphäre gelangt, was leider viel zu oft der Fall ist. Das CO₂ entsteht dann unweigerlich beim Verbrennen von Methan, wenn auch ungefähr zur Hälfte weniger als bei Kohle. Wenn also der Methangasbrenner, den es einmal gab, tatsächlich abgebaut wurde, war das schon Wahnsinn. Jetzt aber noch ein neues Methangas-Kraftwerk zu bauen, was der Mainova-Sprecher auch noch mit den entsprechenden „Planungs-, Genehmigungs- und Bauphasen als ein sehr ambitioniertes Ziel“ darstellt, wäre ein noch größerer Wahnsinn.

klimattac
Die Klima-AG von Attac-Frankfurt/M

Wenn nur der geringste Wille zum Klimaschutz vorhanden wäre, würde die Stadt, der Umweltausschuss und das Umweltdezernat wenigstens die Treibhausgasemissionen Frankfurts prominent veröffentlichen, thematisieren und diskutieren und zwar ganz unabhängig davon wie sie deren vermeintliche Vermeidungskosten und ihre eigenen Handlungskompetenzen wirklich einschätzt. Auf der Website zum Masterplan 2050 findet sich auch tatsächlich eine Übersicht der Emissionen Frankfurts von 1995 bis 2010, die seitdem nicht mehr aktualisiert worden ist! Ob Treibhausgase durch undichte Gasleitungen, Kohle-, Kerosin-, Müll- oder Biogasverbrennungen in die Luft kommen, ist der Atmosphäre vollkommen egal. Es kommt allein auf die Menge an.

Der Haushalt an Treibhausgasen, die wir uns noch genehmigen können, in die Luft zu blasen, bis sie nicht nur relativ zerstörerisch gegen sich und vor allem gegen den Rest der Welt wirken, sondern auch ganz eindeutig völkerrechtswidrig sind oder sogar eine sich selbstverstärkende Klimakatastrophe bewirken, ist der letzte endgültige Haushalt für alle Zeiten. Auch wenn es noch keine Einigkeit in der Wissenschaft gibt, ab wann genau eine katastrophale Kaskade von Kipppunkten ausgelöst wird, so kann man die Einhaltung des Pariser Klimaabkommens von 2015 einigermaßen gut bestimmen. Dieses Abkommen ist - nebenbei gesagt - das einzig halbwegs Demokratische, was wir in Bezug auf das Klima haben. Es wurde einstimmig von allen Staaten der Erde beschlossen und in der EU, sowie dem Bundestag und Bundesrat jeweils einstimmig ratifiziert. Es war ein jahre- eigentlich sogar jahrzehntelang verhandelter harter Kompromiss, der toleriert, dass Stürme, Brände, Dürren, Hitzewellen und Überschwemmungen noch jahrzehntelang vor allem im globalen Süden zunehmen und dass die artenreichsten Biotope wie Korallenriffe und langfristig auch viele Millionenstädte an den Meeresküsten mit Sicherheit dem Tod geweiht sind. Die Kernaussage des Pariser Abkommens lautet, wir wollen nicht, dass sich das Klima über 1,5 °C erwärmt und es soll auf jeden Fall deutlich unter 2 bleiben. Daraus kann man schließen, dass 1,8 schon zu knapp wären und 1,75 Grad die absolute Obergrenze darstellt. Die Temperatur entspricht dabei einer genauen Menge an Treibhausgasen in der Atmosphäre und hat nichts zu tun mit der Geschwindigkeit, mit der wir diese Gase dort hineinblasen. Ungefähr ist diese Menge schon bekannt. Bei 500 Milliarden Tonnen zusätzlichem CO₂ würde laut Weltklimarat die 1,5 Gradgrenze mit 50% Wahrscheinlichkeit überschritten, 1,75 Grad aber nur noch zu ungefähr 13%. Das Scheitern der Pariser Ziele wäre dabei aber immer noch gut möglich und von Sicherheit kann keine Rede sein. Teilte man diese 500 Milliarden gleichmäßig unter der

Weltbevölkerung auf, wären das für Frankfurt, das ein Zehntausendstel der Weltbevölkerung ausmacht, nur noch 50 Millionen Tonnen. Diese Aufteilung würde übrigens nur einem Mindestmaß an völkerrechtlicher Korrektheit entsprechen und wäre von Klimagerechtigkeit noch weit entfernt, weil sie weder die ungleiche Belastung durch Klimakatastrophen berücksichtigt oder die historische Verantwortung für die Zerstörungen noch die durch Industrialisierung und Gewalt verursachten ungleichen Handlungsmöglichkeiten. Die CO₂-Emissionen, die direkt vom Frankfurter Stadtgebiet ausgehen, liegen ungefähr bei 5,7 Millionen Tonnen jährlich. Wenn man die Konvention berücksichtigt, dass dem Abflughafen die Emissionen des gesamten Fluges zugerechnet werden, kommt zusätzlich auf Frankfurt ungefähr ein Viertel des Flugverkehrs in Deutschland, der mit 30 Millionen Tonnen CO₂ im Jahr veranschlagt wird. Und diese Zahlen berücksichtigen weder die zusätzliche Wärmewirkung durch vermehrte Wolkenbildung (, die laut *atmosfair* sogar bedeuten, dass man die Wärmewirkung des CO₂ nochmal mit 3 multiplizieren muss) noch dass der Frankfurter Flughafen überdurchschnittlich für Fernflüge zuständig ist. Dass der Flugverkehr aus dem Pariser Abkommen bisher noch ausgenommen ist, interessiert die Atmosphäre leider nicht.

Es ist wahrscheinlich formal korrekt, wenn man sagt, dass für die Energiewende vor allem höhere Instanzen wie der Bundestag zuständig wären. Aber den Mund zu halten, während man gleichzeitig von den Zerstörungen der Umwelt profitiert, ist nichts anderes als korrupte Mittäterschaft. Mainova überweist jährlich Millionensummen an die Stadt, weil die Zerstörung heutiger und zukünftiger Lebensräume kostenlos ist. Aber noch unendlich viel mehr profitiert die Stadt durch ihre Lage als Verkehrs- und Finanzknotenpunkt, selbst wenn sie nur ein Teil der Steuern des Flughafens oder des Internetknotens abbekommt. Mit zunehmender Dynamik konzentriert die Stadt über diese Strukturen Menschen- sowie Energie- und Finanzströme auf sich selbst, während das weitere Umland buchstäblich austrocknet. Städte sind weltweit für ein Dreiviertel des weltweiten CO₂ Ausstoßes verantwortlich. Frankfurt ist selbst unter den Städten ein Extremfall. Wer den Gedanken teilt, dass dezentrale Strukturen auf Grund der kürzeren Wege und der besseren Anpassungsfähigkeit effektiver sind, muss auch offensiv die Kompetenzen dafür von den höheren Instanzen einfordern und vor allem aber die zentralisierten Spielräume wieder zurückgeben.

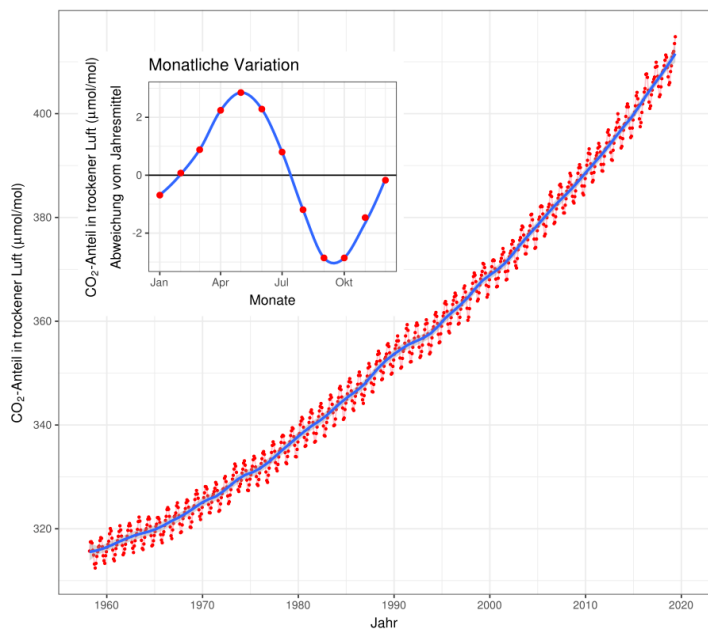
Die Erfahrung, dass weder Wahlversprechen, noch Gesetze, Demonstrationen, Kriege, Kampagnen, Weltklima-Konferenzen oder technologische Revolutionen irgendwas daran ändern, was seit 60 Jahren mit der Atmosphäre oder auch mit anderen Ökosystemen gemacht wird, drückt sich am brutalsten in der sog. Keeling Kurve aus,

die seit 1958 den Anstieg des CO₂ in der Atmosphäre protokolliert. Sie ist eine steil nach oben ragende Linie, an der man nicht die kleinste Delle erkennen kann, als wäre sie ein Naturgesetz. Es liegt nicht am Bevölkerungswachstum, denn nur 10% der Bevölkerung verursachen 50% der Emissionen und allein Deutschland ist historisch für fast 9% des zusätzlichen CO₂ verantwortlich. Wenn man verstehen würde, warum selbst Länder und Städte mit dem größten technologischen und finanziellen Spielraum seit Jahrzehnten nicht von der Kohle wegkommen oder auch warum der Flugverkehr seit ewig ungebremste Wachstumsraten hat, hätte man sicher auch den Grund für die Keeling Kurve gefunden.

Nichts ist jedenfalls sicherer, als dass diese Keeling-Kurve demnächst einen Knick machen wird. Entweder wird sie die menschliche Zivilisation zerstören oder wir schalten die Emissionen selbstbestimmt aus. Frankfurt wäre sicher ein sehr relevanter Ort dafür.

Frankfurt, beim Stand von 409,81 ppm

Monatliche durchschnittliche CO₂-Konzentration
Mauna Loa 1958 - 2019



Datell : R. F. Keeling, S. J. Walker, S. C. Piper und A. F. Bollenbacher
Scripps CO₂ Program (<http://scrippsco2.ucsd.edu>). Zugänglich am 2019-07-20